

PA 8.2.2013

**Kreisverband NWM des Städte- und Gemeindetages
Mecklenburg-Vorpommern**

07.02.2013

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages Nordwestmecklenburg,
sehr geehrte Frau Landrätin Hesse,

wie bereits im letzten Jahr befinden wir uns wieder in der Situation der Diskussion über die Erhöhung der Kreisumlage, obwohl den Gemeinden mit dem Kompromiss des Jahres 2012 über die nächsten drei Jahre ein gleichbleibender Prozentsatz von 42,17% zugesagt wurde.

Auf Grund der Änderung der Umlagegrundlagen 2013 stehen dem Landkreis damit bereits bei gleicher Kreisumlagehöhe von 42,17% Mehreinnahmen in Höhe von 1.354.077,22 € zur Verfügung. Das sind 2,87% mehr gegenüber dem Vorjahr. Nehmen wir den Vergleich zum Jahr 2009 vor, stehen dem Landkreis bei einem Prozentsatz von 42,17% im Jahr 2013 14.845.034 € mehr zur Verfügung, was einer Steigerung von 44,09% gegenüber dem Jahr 2009 entspricht.

Im gleichen Zeitraum (2009 bis 2013) sind die Schlüsselzuweisungen z.B. in den Gemeinden des Amtes Lützow-Lübstorf um 42,59% oder in der Gemeinde Insel Poel um 38,01% zurückgegangen.

Gern wird hier der Einwohnerrückgang als Begründung angeführt, der im Amt Lützow-Lübstorf im Vergleichszeitraum 2009 bis 2013 aber nur 4,6%, in der Gemeinde Insel Poel nur 1,88% betrug.

Die genannten Zahlen sollen Ihnen die Situation der Gemeinden und Städte verdeutlichen. Natürlich ist den Gemeinden und Städten klar, dass viele Ausgaben des Kreises durch die Gesetzgebung von Land und Bund entstehen.

Sehr geehrte Frau Hesse, wir fordern Sie eindringlich auf die Ausgaben des Landkreises nochmals einer sehr kritischen Prüfung zu unterziehen und mit uns gemeinsam einen für die kommunale Ebene gangbaren Weg zu suchen.

Es kann nicht sein, dass Fehleinschätzungen zu den Kosten der Kreisgebietsreform allein durch den kommunalen Bereich getragen werden müssen. Hier muss die Landesregierung zu ihrer Verantwortung stehen und entsprechende Finanzmittel für den Übergang bereitstellen.

Wir möchten Sie auffordern und die Mitglieder unseres Kreistages bitten, Sie und uns im Ringen um eine angemessene Finanzausstattung zu unterstützen.

Entscheidungen des Landes zur weiteren Aufgabenübertragung z.B. der Landesblindenschule an den Landkreis NWM nochmals auf den Prüfstand zu stellen oder mit der Aufgabe auch eine auskömmliche Finanzausstattung zu verbinden und zu garantieren.

Bürgermeister und Amtsvorsteher des Kreisverbandes NWM

Seite 2